

Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreis

Die Halle monatlich drei zwanzigmalige
Ausgaben 1.00 Mark, vierteljährlich
2.50 Mark, durch die Post 2.50 Mark
zusätzlich Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
Zeitungsbildungsbereich. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Zeitung“ gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4003.

werd. 8.75 Spalt. 30 mm br. Kolonnen-
weite oder deren Raum mit 40 Pf.
berechnet u. in unfernen Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften
angenommen. Zeitungen die 92 mm
breite Zeile 1.25 WZ. Anzeigen-
annahmeschluss vorm. 11 Uhr,
für die Sonntags- u. abends
4 Uhr. Fälschungen, soweit zu-
lässig, müssen Schriftl. erfolgen.
Erfüllungszeit: Halle. Erchein-
tag: 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Haupt Promenade 19, Dr. Gram-
mannsches Geschäftshaus.
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 132.

Halle, Mittwoch, den 19. März.

1919.

Wilson gegen einen allzuschleunigen Frieden.

Kein Friedensschluss ohne Völkerbund.

Hag, 19. März. (Eig. Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Frankreich und England beantragen einen schleunigen Friedensschluss mit Deutschland, auch wenn um dieser Beschleunigung willen die Lösung der Streitigkeiten und der türkischen Fragen verzögert werden müsste. Wilson hat jedoch den Wünschen seiner Alliierten nicht entsprochen, mit der Begründung, ein beschleunigter Friede mit Deutschland würde die Aufnahme der Völkerbundsverfassung in den Friedensvertrag erschweren oder unmöglich machen. Die Aufnahme der Völkerbundsverfassung würde das wirksamste Mittel sein, um die Schärfe der Friedensbedingungen zu mildern.

Die ersten englischen Lebensmittelschiffe.

Rotterdam, 19. März. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Rotterdam wird gemeldet: Zwei „Daily Mail“ werden am 28. März vier englische Dampfer mit Lebensmitteln nach Deutschland abgehen mit dem Bestimmungsort Hamburg. Der Wert und die Art der Ladungen sind unbekannt.

Lebensmittelpremien.

Berlin, 19. März. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, ist beabsichtigt, aus gewissen auf Grund des Lebensmittelabkommens mit der Entente eingeführten Lebensmitteln, besonders Fett und Speck, Reserven anzulegen, um denjenigen Gewerbetreibenden, besonders im Bergbau, die ihre Arbeitsleistung von Monat zu Monat steigern, entsprechend diesen Mehrleistungen Prämien nicht in Geld, sondern in Lebensmitteln gewähren zu können.

Kein Generalstreik.

Berlin, 19. März. (Eigene Drahtnachricht.) Über den angeblich am 26. d. Mitt. geplanten Generalstreik, der über ganz Deutschland ausgedehnt werden soll, hören wir von unterrichteter Seite, daß bisher keine ersten Anzeichen dafür vorliegen und daß wirklich für die allernächste Zeit von größeren Demonstrationen die Entsehung eines Generalstreiks nicht geplant ist.

Die neuen Reichssteuern.

Berlin, 19. März. (Eig. Drahtnachricht.) Die Entwürfe der neuen Reichssteuern liegen, wie wir von zuverlässiger Seite hören, augenblicklich nur insoweit vor, als sie die kleineren indirekten Steuern betreffen. Der Inhalt der Vermögenszuwachs- und der Kapitalsteuer ist bereits vor einiger Zeit bekanntgegeben. Die neue Reichs-Vergütungssteuer dürfte wohl den Unternehmern wie dem Publikum wenig Vergnügen machen. Sie wird sich gleichmäßig auf Theater, Kinos, Konzerte, Bälle und Jahrmarktsbelustigungen erstrecken. Geplant ist eine Besteuerung der Eintrittskarten und zwar dergestalt, daß diese rückförmig mit 10 bis 30 und mehr Prozent Steuer belastet werden. Die neue Tabaksteuer wird eine Zigarettensteuer für Zigaretten sein, wie sie bisher bei den Zigaretten bestand. Die Grundbesitzsteuer besteht eine Vereinfachung aller bisherigen Grundbesitzsteuern vor. Die Steuer auf Spielkarten soll wesentlich vermindert werden. Man rechnet auf Erträge aus diesen Steuern von 30 bis 40 Milliarden. Fest steht bereits, daß die fünfstufige Reichs-Einkommensteuer auch auf Descendenten und Ehefrauen ausgedehnt werden wird. Ob die Reichsvermögenssteuer auf Landbesitz im Wege der Erteilung von Neutralen erfolgen wird, oder ob, falls mehrere Steuerjahre sich zusammenlagern lassen, Vereinfachung in Frage kommt, ist noch zweifelhaft.

Aus dem besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 18. März. (Eigene Drahtnachricht.) Französische Besatzungstruppen sind wieder in die Rheinländer von Karlsruhe, Mannheim und Albstadt eingerückt, nachdem sie vor Kurzem diese Gassen wegen bolschewistischer Unruhen in dem besetzten Gebiet geräumt hatten. Im Kreis der Rheinländer sind an dem Wasserwege von Ludwigshafen 70 Mann, darunter schwarze Kolonialtruppen, eingetroffen.

Die deutschen U-Boote in Spanien.

Madrid, 18. März. Hovas. Die französische Marine hat die in Spanien internierten deutschen U-Boote in Besitz genommen.

Ein Vogesendurchschiff.

Stuttgart, 19. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der Minister für öffentliche Arbeiten hat beschlossen, ein

einen Erlaß, wonach der erste Vogesendurchschiff innerhalb des Projekt St. Die-Saales beschloffen ist, dessen Kosten auf 17 Millionen Franken geschätzt werden.

Die Sommerzeit.

Berlin, 19. März. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, hat sich die Reichsregierung mit der Einführung der Sommerzeit beschäftigt und beschlossen, diese vom 15. April bis 15. September einzuführen. Die Verordnung liegt gegenwärtig dem Staatenschatz vor.

Die deutschen Kabeln und der Kieler Kanal.

Paris, 18. März. Nach dem diplomatischen Situationsbericht sind die beiden Fragen, der deutschen Kabeln und des Kieler Kanals noch zu regeln. Es handelt sich dabei darum, ob die deutschen Kabeln zurückgegeben werden oder unter die Alliierten verteilt werden sollen und ob der Kieler Kanal im Besitz der Deutschen gelassen werden soll unter der Bedingung der Schließung der Weltkabeln, oder ob die Durchsicht internationalisiert werden soll. Es scheint, daß die Verteilung der Kabel unter die Alliierten und die Einrichtung einer internationalen Verwaltung ähnlich wie beim Suezkanal jetzt ins Auge gefaßt werden soll. Beide Fragen sollen übrigens in wenigen Tagen entschieden werden.

Des Kaisers Besitz unter Zwangsverwaltung.

Paris, 18. März. Wie das „Journal“ offiziell mitteilt, sind die Beschlüsse des ehemaligen deutschen Kaisers unter Zwangsverwaltung gestellt worden.

Bestrebungen gegen den Völkerbund.

Paris, 19. März. „Echo de Paris“ erhält in Ergänzung der früheren Meldung aus Washington ausführliche Berichte über die Bestrebungen der amerikanischen Organisation zur Verhinderung der Ratifikation des Pariser Entwurfs zum Völkerbund. Der Organisation gehören u. a. zahlreiche Senatoren an, deren Aktionsprogramm darauf hinaus läuft, eine Koalition der verschiedenen Municipalitäts- und Distriktsbehörden in ganz Amerika zu schaffen, die den Plan des Völkerbundes bekämpfen. „Echo de Paris“ bemerkt, die Bildung dieser Vereinigung sei ein neues Anzeichen für die amerikanischen Bestrebungen, die Bildung des Völkerbundes auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben, um vorerst den Friedensschluss zu beschleunigen.

Die Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung.

Budapest, 17. März. Der jüngste Ministerrat hat die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 13. April anberaumt.

Ein Sozialisierungsministerium für Ungarn.

Budapest, 17. März. Der Ministerrat beschloß die Errichtung eines Sozialisierungsministeriums, welches die in der Verwaltung der verschiedenen Ministerien befindlichen Industriebetriebe übernehmen, ferner die staatliche Verwaltung der zur Sozialisierung reifen Industriebetriebe vorbereiten und durchzuführen wird.

Kurz vor dem Friedensschluss.

London, 18. März. (Reuters.) Ein Brief Wilsons, Clemences und Orlando an Lloyd George wurde in Paris unter dem 17. März veröffentlicht. In demselben heißt es u. a.:

„Um zu vermeiden, daß die Welt länger an den Feinden zu warten braucht, ersuchen wir dringend, daß Sie in Paris verbleiben, bis die hauptsächlichsten Friedensfragen geregelt sind. Wir hoffen, daß dies hochwichtige Ergebnis in weiteren zwei Wochen erreicht werden kann.“

Nach einer weiteren Meldung aus Paris hat Lloyd George beschlossen, Paris vorläufig nicht zu verlassen, um an den wichtigen Beratungen über die Friedenskonferenz und den Völkerbund teilzunehmen.

Streik verlangsamt die Zufuhr.

Berlin, 19. März. Die Produktionsarbeiten der deutschen Lebensmittelschiffe auf den Werften in Hamburg werden eifrig fortgesetzt. Schwierigkeiten bereitet noch, nach der B. S., die Beladung der Schiffe. Hier dürfen Störungen noch einige Zeit in Betracht sein, die durch die Streiks der Bergleute und die Transportverzögerungen verursacht werden.

Das Ergebnis der preussischen Gemeindevahlen.

Von Julius Kopsch, Mitglied der preussischen Landesversammlung.

Im Februar und in den ersten Märztagen haben in Preußen Neuwahlen zu den Gemeindevereinigungen stattgefunden. Unter abhöflicher Mitwirkung der von allen deutschen Wählern in Preußen gewählten Landesversammlung wurden die Gemeindevahlen zwei Tage vor der Preussenschiffahrt von der jetzigen sozialistischen Regierung ausgeschrieben, und zwar unter Verletzung des § 89 der noch heute gültigen, auch von dem gegenwärtigen Minister des Innern befohlenen preussischen Verfassungsurkunde. Gegen dieses Vorgehen haben eine Reihe von Städten mit sehr eingehenden und trefflichen Gründen (beispielsweise Stettin), sowie ländliche Bezirke protestiert. Da aber die berufenen Instanz, der preussische Städtetag, nicht den Mut zu ernsthaften Widerstand fand, hat man sich mit wenigen Ausnahmen der Gewalt gefügt. In den Ausnahmefällen gehört von ländlichen Bezirken der Kreis Meranien, dessen Kreisrat in einem Telegramm an die preussische Regierung Protest gegen eine Neuregulierung der Kommunalverwaltung und des kommunalen Wahlrechtes mittels einer Verordnung der Difftatur-Regierung erhob, und nur einer Neuregulierung auf Grund einer geordneten Gesetzgebung nachkommen will. Auch aus den pommerischen Kreisen Randow und Reustettin wird berichtet, daß Neuwahlen nicht angeordnet oder bereits ausgeschriebene verhindert worden sind. In den besetzten Gebieten sind die Neuwahlen durch die feindlichen Besatzungen verhindert worden. Aber auch in den besetzten Gebieten angrenzenden Teilen der Rheinprovinz haben die angeordneten Gemeindevahlen nicht durchgeführt stattgefunden. Für die Provinzen Posen, Westpreußen und den Regierungsbezirk Oppeln sind durch die Regierung selbst die Wahlen wegen der vorhandenen großen nationalen Gegenstände um drei Monate verzögert worden. So ist denn in Preußen als Folge des gegenwärtigen Vorgehens der sozialistischen Regierung ein nicht weniger als einbeständiger Zustand in den Gemeindevahlungen geschaffen.

Gegenüber den Bedenken der bürgerlichen Mitglieder der preussischen Regierung, die sich gegen dieses Vorgehen erklärten, wurde seitens der sozialistischen Regierungsherrscher darauf hingewiesen, daß nur durch die Neuwahlen in den Gemeinden es möglich sei, das System der Arbeiter- und Soldatenräte zu beseitigen. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben ergeben, daß sie darin sich selbst und andere getäuscht haben.

Der Hauptgrund für die sozialistische Regierung, in dieser überflüssigen und gegenwärtigen Weise vorzugehen, ist in dem Bestreben zu suchen, der sozialistischen Partei die Herrschaft in der übergroßen Mehrzahl der Gemeinden zu sichern. Daher auch die Benutzung der für die Wahl der Nationalversammlung aufgestellten Wählerlisten und die Aufhebung der Befristung, der ein sechsmonatlicher Aufenthalt in der Gemeinde für die Ausübung des kommunalen Wahlrechtes erforderlich ist. In Württemberg hat die Regierung anders gehandelt. Sie hat unter dem 30. Januar der Landesversammlung den Entwurf eines Gesetzes über die Gemeindevahlen vorgelegt, welches bestimmt, daß die Neuwahlen bis spätestens Ende Mai vollzogen sein müssen.

Auf den Ausfall der Gemeindevahlen hat die sozialistische Partei die allergrößten Hoffnungen gesetzt. In der Klugschrift der Partei über die Gemeindevahlen heißt es gleich im ersten Absatz: „In dem überwiegenden Teil kleiner und großer Gemeinden wird die Sozialdemokratie die Herrschaft antreten.“ In einer Reihe größerer und mittlerer Städte ist ihr dies auch gelungen. In sehr vielen Gemeinden dagegen hat die Sozialdemokratie unerwartete Mißerfolge, selbst in großen Städten, gehabt. So ist beispielsweise die Stimmenzahl der Sozialisten in Gellertingen von 102 000 bei der Wahl am 19. Januar auf 47 000 bei der Gemeindevahl gesunken. In Magdeburg sank die Stimmenzahl der Sozialdemokraten von 104 000 am 19. Januar auf 68 000 bei den Gemeindevahlen, während die Demokraten gegenüber der Wahl am 19. Januar bei der Preussenschiffahrt noch eine Zunahme von 500 Stimmen erfahren und bei den Gemeindevahlen nur einen Rückgang von ungefähr 800 Stimmen aufzuweisen hatten. Ähnliche Abwärtstendenzen sind in mehreren anderen überdachten von kleineren und mittleren Orten beobachtet. Dieser Rückgang der sozialistischen Stimmenzahl nicht nur mit der Wahlmöglichkeit bei den Gemeindevahlen zu erklären, da die bürgerlichen Parteien durchweg wesentlich geringeren Stimmenrückgang aufzuweisen haben. Der wahre Grund liegt darin, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit endlich zur Ruhe und zur geordneten Arbeit kommen will, die allein den inneren Frieden bringt und den Wohlstand

noch, daß bei der Gemeindevahl die Wählerkraft eher in der Lage ist, die wertvollste Gelegenheit der vorgelegenen Kandidaten für die Erzielung der Gemeindegemeinschaft zu beurteilen. Endlich aber haben absehbare gewirkt die Sozialistengesetzgebungen, die in Reden und Flugblättern seitens der sozialistischen Kandidaten für die Gemeindeverwaltungen in Aussicht gestellt worden sind.

Das Bürgerrecht hat bei den Gemeindevahlen das Bild großer Zerrissenheit gezeigt. In vielen Gemeinden ist seitens der Bürger für die Aufstellung von Sozialisten Kandidaten der größte Widerstand genommen worden, und man hat Kandidatlisten aufgestellt aus Vertretern der einzelnen Interessengruppen. In anderen Orten wieder sind die einzelnen Parteien getrennt vorgegangen, und zwar mit oder ohne Bindung der Listen. Wieder in anderen Gemeinden hat man die Mandate im Verhältnis der bei der Wahl am 19. Januar abgegebenen Stimmen unter die politischen Parteien verteilt, so daß ein Wahlpaß ausgeschlossen war. In einzelnen Gemeinden hat ein Wahlbündnis stattgefunden zwischen Sozialisten, Demokraten und Zentrum, gegen eine sogenannte unpolitische Liste. Die Kürze der Vorbereitungszeit für die Gemeindevahlen hat an sich nicht im Verhalten der politischen Parteien erheblich betragen.

Einige der Aufgaben der preussischen Landesversammlung wird es sein, unverzüglich ein Gesetz über die Gemeindevahlen zu beschließen. In diesem Gesetz wird man Sicherungen schaffen müssen, daß nur diejenigen Personen in der Gemeinde ein Wahlrecht ausüben dürfen, die infolge eines längeren Aufenthalts in derselben einigermassen gewöhnt sind, daß sie Interesse und Verständnis für das Gemeinwohl besitzen. Für größere Gemeinden erscheint auch die Bildung kleinerer Wahlbezirke geboten, da nur dann der Wähler die Möglichkeit hat, auf die Aufstellung der Kandidaten einen entscheidenden Einfluß auszuüben. In den Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit werden die Sozialdemokraten zu sein haben, was sie können. Von ihren Leistungen an diesem Gebiet hängt in hohem Maße ihre Zukunft ab. Wenn die Sozialdemokraten, wie es in ihrer Programmpolitik heißt, nur „neue praktische Arbeit für den Sozialismus“ zu leisten gewillt sind, nicht für das Gesamtwohl der Gemeinde, so wird überall ihre Herrschaft von kurzer Dauer sein.

Die jetzigen Wahlen in den Gemeinden tragen naturgemäß nur einen provisorischen Charakter. Bei den Neuwahlen am Grund des zu erstellenden Wahlgesetzes wird die Wählerkraft die die Möglichkeit haben, sich in der Wahlperiode über das dritte Wahlergebnis einstellen sollten, zu befestigen.

Zur Einfuhr bereit.

Berlin, 18. März. Die R. L. Z. erzählt, haben die Verhandlungen über das Lebensmittelabkommen genau zwei Monate gedauert. Die ersten Besuche, seit, Schweinefleisch, Produkte und fonderliche Milch werden namentlich den Säuglingen und Müttern zugute kommen. Die Bezahlung der Posten ist bereits in die Wege geleitet. Die Lieferung erfolgt sofort nach der Bezahlung.

Während in England, Frankreich und Belgien bereits Lebensmittel liegen in England, Frankreich und Belgien bereit sind werden vermutlich innerhalb 30 Tagen geliefert werden. Der Preis beträgt etwa eine halbe Milliarde Mark. Außer den weiter monatlich zur Einfuhr benötigten 370 000 Tonnen Lebensmittel ist noch die Einfuhr von Fleisch und Gemüse aus den angrenzenden Ländern gestattet. In Norwegen liegen bereits 100 000 Tonnen Springe bereit. Der Handel mit den Neutralen wird so rasch wie möglich von den Beschränkungen befreit und der Post- und Telegraphenverkehr freigegeben werden. Mit der Lieferung von Rindfleisch sieht es nicht gut aus.

Auch fehlen für den Transport von Getreidefleisch die geeigneten Schiffe. Auch die Einfuhr von Futtermitteln konnte nicht erreicht werden. Immerhin wird durch eine geringere Ausmaßung des Meistes ein entsprechendes Quantum Kleie gewonnen. Auch stellen Frankreich, Rußland und Palmenzonen in Aussicht.

Klammern über die erfolgten Lieferungen in Aussicht.

Doch ist diese Art des Verkehrs schon jetzt bei den Lieferungen von Amerika in die Gänge im Schwand. Die Preise werden natürlich wesentlich höher sein als die Zanderpreise. Zeitweilig wird es wohl besonders ausgehen und zwar für einen höheren Preis, um einen Ausgleich zu schaffen; für das übrige Meist wird ein Mißpreis gefürchtet. Bei Speck und Fett werden sich die neuen Preise nicht wesentlich unterscheiden.

Zur Herbeischaffung von Lebensmitteln.

In der Sitzung der Weisungsausschusses in Spanien am 12. März richtete General von Hammerstein an die Mitglieder des Ausschusses, daß namentlich nach Afrika die Abkommens in Hinblick die in Rotterdam lagernden Lebensmittel von dort auf dem Seewege nach Hamburg, Emden, Bremen, Ostsee und Bismarck besprochen werden können, weil die gegenwärtige Lage des deutschen Transportwesens eine Beförderung zu Lande zum Teil unmöglich mache.

Nach einer Meldung aus Hamburg sollen die Dempler „Kaiserin Augusta-Viktoria“, „Cleland“, „Katrija“, „Graf Waldsee“, „Arctura“, „Kap Finster“, „Argona“, und „Prinzessin“ nach diese Woche den Hamburger Hafen wieder in Verbindung von Lebensmitteln nach Deutschland verlassen. Der Kleindampfer „Imperator“ kann erst nach erfolgter Baggerung in das Dode der Kulkantenwerke zur Ueberholung gebracht werden. Er wird dann später ausfahren. Die Seeleute machen ihre Annäherung von der bindenden Zulage abhängig, daß sie nicht zum Bord missern werden.

Unsere Unterhändler über das Lebensmittel-Abkommen.

Berlin, 18. März. Die Tragweite unserer Lebensmittelanforderungen festgenommener unserer aus Brüssel zurückgekehrten Unterhändler heute in einem kleineren Kreise von Pressevertretern auseinandersetzen. Unterhändler von B. v. A. u. Schiller, wie es in dem Bericht des B. v. A. heißt, den großen Rahmen des Abkom-

mens. Er legte dar, daß eine Verengung unserer Verhältnisse infolge eingetretener sei, als die Verengung nicht durch die Entente gegeben werde, sondern daß Deutschland sich selbst verlegen solle, zum Teil mit Hilfe der Neutralen. Auf einen festen Verengungsbetrag durch die Entente können wir also nicht rechnen. Unsere ganze Verengung sei auf die eigene Kraft des Deutschlands einzutreten. Voraussetzung für die Ausübung dieser Wahlkraft sei allerdings die Möglichkeit der Bezahlung. Der deutsche Anspruch sei früher wesentlich höher gewesen.

Tatsächlich hätten wir nur etwa 75 Prozent von dem erreicht, was uns nötig sei, nämlich statt 400 000 Tonnen Getreide und 100 000 Tonnen Fett und Fleisch nur 300 000 Tonnen Getreide und 70 000 Tonnen Fett und Fleisch. Dabei seien die Ausfichten auf Lieferung von Fleisch recht ungünstig. Im Verträge habe nur von Schweinefleisch und Schmelzschmalzprodukten. Aus den Unterredungen mit Hoover sei hervorgegangen, daß

Knappheit an Rindfleisch sich in der ganzen Welt bemerkbar mache, eine Folge des übertriebenen Verbrauchs und der Verschleuderung im Krieg. Dabei sei die Verschiffungsmöglichkeit für Getreidefleisch beschränkt. Ferner seien auch keine Futtermittel, die wir in Höhe von einer Million Tonnen Mais angefordert hätten, bereitwillig worden. Es fehle namentlich die Tonnage dafür. Immerhin werde durch die Anlieferung von Getreide und Fleisch die Ansicht erweckt, die Ausmaßung des Getreides wieder auf etwa 80 Prozent herabzusetzen, dadurch würde man ungefähr 45 000 Tonnen Kleie auf die 300 000 Tonnen Getreide gewinnen und vielleicht noch ebenfalls aus dem Inland. Von Frankreich sei Korn und Palmfett in Höhe von 75 000 Tonnen angeboten.

Die Hoffnung auf Schweinefleisch müsse freilich auf den Beginn des nächsten Erntefestes verschoben werden.

Die Zahlungsmittel für die Bezahlung der zweiten Hälfte der uns angefallenen Kostenmittel sei gleichfalls noch nicht vorhanden. Mit dem Abkommen werde die deutsche Wirtschaft, ein Abruch von der deutschen Bevölkerung annehmen und so die politische Lage erleichtert. Auch gemacht werden könne das Abkommen aber nur dadurch, daß wir unsere nationale Arbeit in Gang bringen und vor allem Kaut und Kohle zur Ausfuhr bereit stellen. Die Wirkung auf unsere Nahrungsmitteleinfuhr sei vorzüglich zu bewerten, weil in vorläufig die Unterlagen der Ausfuhr noch nicht fest seien. Immerhin werde es wohl möglich sein, die

Reklamationen zu erheben und namentlich den Ansehens, freilich zu erhöhtem Preise, abzugeben. In Aussicht genommen sei auch Speck und Schweinefleischprodukte, insbesondere der Schweinefleisch in erhöhtem Maße auszuführen. Die Entente habe aber zur Bedingung gemacht, daß die Nahrungsmittel nur in solche abzugeben würden, die nicht aus eigenem Verschulden arbeitslos seien. Also Streikende seien ausgeschlossen.

Die Preise für die zu liefernden Nahrungsmittel seien natürlich höher als Inlandspreise. Bezüglich des Fettes und Speckes werde sich vielleicht ein Ausgleich finden lassen, der Getreidepreis aber betrage fast das Dreifache des deutschen Preises. Wie die Preise zu gestalten seien, werde noch erwohnen.

Die Folgen der grausamen Hunger-Blockade.

Eine Anklageschrift über die Hungerblockade gegen Deutschland ist jetzt in englischer Ausfertigung, deutsch und französisch, vom R. L. Z. in Aussicht genommen. Ihr Titel lautet: „Schuldung der deutschen Volkströge durch die feindliche Blockade“.

Die Denkschrift stellt zunächst in einem Kapitel „Umfang der Nahrungsmittelknappheit“ fest, daß das deutsche Volk seit der notwendigen täglichen 3300 Bäckereibetriebe in Herbst 1916 mit 1300 bis 1400 Rationen hat annehmen müssen. Die Folgen dieser Mangelernährung, von denen der größte Teil der Schrift handelt, äußern sich in einer

Zunahme der Sterbefälle in der Zivilbevölkerung:

Jahr der Opfer der Blockade	Jahr der Opfer aus Hundert der Sterbefälle d. Friedensjahres 1913
1915	88 295
1916	121 174
1917	259 627
1918	293 760

Die vom Stillstehen des Reichsamt genau festgestellte Ziffer der Blockadeopfer während des Krieges heißt: 782 786.

Durch die Fortdauer der Blockade steigt die Zahl der Opfer fortwährend. Bei den Kindern beträgt die Zunahme für solche von 1 bis 5 Jahren 49,3 und für solche von 5 bis 15 Jahren 55,0. S. Besonders deutlich wird der furchtbare Einfluß der Blockade, wenn man die einzelnen Krankheiten betrachtet (Zuckerkrankheit, Krankheiten der Nahrungsmittel u. a.).

Gerade zu bemerken wert ist die grausame Wirkung der ungenügenden Ernährung auf die schwächeren Frauen. Sie erlagen zu Tausenden im Wogenstet infolge ihrer Schwäche und ihrer geminderter Widerstandskraft. Infolge des Mangels an Getreide und wichtiger Desinfektionsmittel liegt die Sterblichkeit an Ruhrdysenterie gegen 1913 um 14,8. S. im ersten Halbjahr 1918.

Die Krankheiten und Seuchen breiteten sich überaus in schreckenerregender Weise aus, und eine der grausamsten Folgen der Blockade, der Kranken und Schwachen blieben die notwendigen Nahrungsmittel vorenthalten, dazu für die Wiederherstellung ihrer Gesundheit bedürftig.

Der Mangel an Lebensmittel von 1914 bis 1918 beträgt für Preußen 2 535 000, für das Reich rund 4 Millionen. Auch hiervon fällt mindestens der vierte Teil der Blockade zur Last.

Die Denkschrift erzählt weiter die Folgen des Mangels an Heilmitteln, Verbandstoffen, Gummis, Seife, Bekleidungsstoffen, die Berringerung der menschlichen Arbeitskraft, die Schwierigkeit der Wahrung des Viehbestandes und der Lebensmittellieferung durch die Blockade absehbaren, den Beschränkungen. Sie stellt u. a. fest, daß wohl am meisten der Mittelfrauen, die Jünglingskinder und Personen mit gleichbleibenden Einkünften gelitten haben und daß die Schwächsten mehr und mehr auch auf die Schützlinge übergeworfen. Die Schädigung des deutschen Nationalismus ist als 54 Milliarden 600 Millionen Mark.

Hoake bei Hindenburg. K. v. B., 18. März. Reichswehrminister Hoake, und General Winterfeldt trafen heute vormittag auf einer Besprechung bei Generalfeldmarschall Hindenburg ein.

Keine Auslieferung des Kaisers.

Amsterdam, 18. März. Der Berichterstatter des „Allgemeinen Handelsblatts“ meldet aus Paris, er könne bekräftigen, daß die Kommission, die die Frage der Bewandlung für den Krieg zu prüfen habe, keine Wege für die Auslieferung des kaiserlichen deutschen Kaisers sei. Man könne sagen, daß die Frage einer strafrechtlichen Verantwortung für politische Vergehen endgültig ausgefallen sei. Es sei aber nicht unmöglich, daß man die Niederlande bitten werde, Maßregeln zu ergreifen, um eine eventuelle Flucht des früheren deutschen Kaisers zu verhindern.

Der Prozeß gegen den Mörder Jaurès.

Paris, 9. März. Der Prozeß gegen den Mörder von Jaurès wird am 24. März beginnen. Die Verhandlung werde ungefähr sechs Tage in Anspruch nehmen.

Deutsches Reich.

Invalidentenzahlungen aus Elsaß-Lothringen.

Berlin, 17. März. Es herrscht verschiedentlich Unklarheit darüber, wie die aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Personen, denen auf Grund des IV. Buches der Reichsversicherungsordnung bisher von der Landesversicherungsanstalt Elsaß-Lothringen Anwartschaften, Alters- und Hinterbliebenenrenten gezahlt wurden, in deren Weiterbezug der ihnen zuzurechnenden Renten gelangen können. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß, nachdem der beherrschende Vertrag mit Elsaß-Lothringen aufgelassen ist, Gefunde an die Landesversicherungsanstalt in Erfahrung gerichtet werden können, in denen um Ueberweisung der Renten an die Wohnort der neuen Aufenthaltsortes gebeten wird.

Nach dem Reichsellenbühnen?

Berlin, 19. März. Ueber die geistige, unter Vorsitz des Ministers Hoff, im Eisenbahnministerium abgehaltene Konferenz zwischen den Vertretern der Eisenbahn über die Frage der Vereinfachung des Eisenbahnwesens teilt die „Deutsche Allg. Ztg.“ mit, daß die mehrköpfigen Verhandlungen unerheblichen Charakter tragen. Die Vertreter der Eisenbahn müssen nach Anweisungen ihrer Regierung einholen und die Frage wird endgültig erst im Dezember der Reichsversammlung in der nächsten Woche beraten. Es besteht allseitige Ueberzeugung, daß eine Lösung im Sinne einheitlicher Zusammenfassung des Eisenbahnwesens durch das Reich mit möglichst bestmöglicher Herbeiführung ist.

Halle und Umgebung.

Halle, den 19. März 1919.

Zoologischer Garten. Vielstellige Wädhler entsprechen veranlaßt morgen Donnerstag im Saale des Zoologischen Gartens die Kanäle des Müller-Roggenes Nr. 30 unter der bewährten Leitung des Herrn D. Haupt, ein großes Extrawild (Streichmühl). Die reichhaltige Vortragssammlung enthält Werte von Gries, Kassen, Guld-Motil, Thomas, Bortol, Mascagni, Odenbach, Delibes und Schubert-Fert. Der geleitete Motil-M. Müller wird die Ballerinen von Berlin vortragen. Viel Mühe auf die frühzeitige Fortsetzung des Konzerts schon um 6 1/2 Uhr abends. Der künstlerische Ruf, den die Kapelle unter der durch die Ausstattung wertvoller Konzerte besitzt, rechtfertigt den Schluss, daß der Besucher ein genuines Abend bereitet werden wird. Der Eintrittspreis beträgt für die Person 1 Mark. Abonnement ist aufnehmbar. (Siehe Anzeiger.)

Stadtheater. Heute, Mittwoch, abends 6 Uhr, gelangt Hofmusik Komische Oper „Der Barbier von Sevilla“ zur Aufführung Donnerstag „Der fliegende Holländer“. Freitag „Der Waffenschmied“. Sonnabend „Lohengrin“. Sonntag nachmittags Fremdenverteilung zu ermäßigten Preisen. Die spanische Flegel, abends 7 Uhr. Der Barbier von Sevilla. Für die Monats-Aufführung „Die Kasse von Stambul“ beginnt der Vorverkauf Donnerstag, Sonntag 10 Uhr.

Kaffee-Abend. Robert Koth wird am 23. März im Musiksaal die schönsten Lieber seines völlig neuen Programms annehmen. Nach dem Vortrag bringen, ferner eine ausgewählte Anzahl der wirksamsten Lieber seiner früheren Programme. Darunter ist besonders hervorzuheben das niederdeutsche Lied „Der Barlath“ mit neuen, noch nie gehörten Strophen.

Schmidt-Hausmann wird am 24. März in den Hattolfschen Sälen und öffentlichen Versammlungen vortragen. Präzisions-Rotekocher in Schüler der Bildungsanstalt Hellerau, an der er 1914 das große Diplom erlangt. Der Ausbau des Krieges veränderte es, ein Engagement nach London annehmen. Nach zwölfjährigem Aufenthalt in Schweden kehrt Schmidt-Hausmann nach 2 Jahren nach Halle zurück. Wo ist dem kurze für stündliche Gemacht, Plastik und Gebrauchsgegenstände (Methode Sellerau) stellt. Mitwirkende bei der Aufführung

Weisse Zähne

erzielen die meist schon nach kurzem Gebrauch, s. herlich erfrischend und vorzüglich vorbeugend. (Methode Sellerau) stellt. Mitwirkende bei der Aufführung

